



von
Peter Affenzeller

WWF-Rüge für Kraftwerkspläne, "Vierer" für Pröll

Hildegard Aichberger (33) hat schon bei McDonald's gejobbt und Müll-Altlasten saniert: Jetzt ist die junge WWF-Chefin dabei, der "alten Dame" im Natur- und Umweltschutz ein klareres Profil zu geben.

OÖN: Wenn man Oberösterreicher nach dem WWF fragt, wird den meisten höchstens das Braunbären-Ansiedlungsprogramm dazu einfallen - gibt es noch mehr regionale Anknüpfungspunkte?

Aichberger: Der WWF sieht sich als weitweite Natur- und Umweltschutzorganisation, wir haben weltweit 200 Regionen mit 90 Prozent der Artenvielfalt definiert und setzen uns für deren Erhaltung ein. Mit den Alpen und der Donau berühren zwei dieser Regionen auch Oberösterreich, und wir nutzen unseren Stellenwert auch, um zu regionalen Umwelt-Themen Position zu beziehen.

OÖN: Während Greenpeace oder Global 2000 oft recht laut und aktionistisch sind, ist der WWF nicht tagespolitisch fast zu ruhig?

Aichberger: Wir scheuen die Auseinandersetzung nicht, das hat sich zuletzt gezeigt, als Umweltminister Josef Pröll uns nach dem Hochwasser in Tirol als "Kriegsgewinnler" bezeichnet hat, weil wir erst hinterher für ökologischen Hochwasserschutz eingetreten seien: Er musste das revidieren, weil wir schon jahrelang an der Renaturierung von Flussläufen mitarbeiten. Auch wenn jetzt nach der Gas-Krise durch die Ukraine wieder Rufe nach mehr Atomenergie laut werden, treten wir als WWF klar dagegen auf.

OÖN: Bleiben wir kurz bei Minister Pröll: Wie würden Sie denn seine Arbeit als Umwelt-Ressortchef bewerten?

Aichberger: Da würde er nicht so gut abschneiden: Den Vierer retten ihm nur sein Eintreten gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft und seine Gesprächsbereitschaft - auch wenn nach solchen Gesprächen leider meistens nicht viel herauskommt.

OÖN: Liegt das nicht auch an einem gewissen inneren Konflikt von Umwelt- und Landwirtschaftsministerium?

Aichberger: Pröll beschäftigt sich eben mehr mit Landwirtschaft, und wenn es zu Zielkonflikten kommt, zieht die Umwelt den Kürzeren: Man könnte schon auch mit dem Hut des Landwirtschaftsministers eine gute Umweltpolitik machen, weil man eigentlich viele Handlungsmöglichkeiten hätte.

OÖN: In Oberösterreich und der Steiermark gibt es derzeit Proteste gegen ein neues Kraftwerk an der Koppentraun - was hält der WWF davon?

Aichberger: Wir sind klar gegen diesen Kraftwerksbau und viele weitere, mit denen jetzt die letzten Wasserkraft-Reserven noch aus unberührten Tälern herausgeholt werden sollen: Die freien Fließstrecken zu opfern, hat keinen Sinn, weil unsere Abhängigkeit von Energie-Importen trotzdem weiter steigt. Gegen unseren unersättlichen Energiebedarf müsste der Bund strategisch vorgehen, sogar

Wirtschaftsminister Martin Bartenstein hat schon mehr Energie-Effizienz und -einsparung eingefordert.

OÖN: Gerät man da nicht schnell in die alte Falle "Umweltschutz killt Arbeitsplätze"?

Aichberger: Umweltschutz gegen Soziales oder Wirtschaft auszuspielen ist grundfalsch: Es hängt eng zusammen. So können wir zum Beispiel mit Entschädigungs-Zahlungen aus dem Vertragsnaturschutz, wie er in Oberösterreich praktiziert wird, eine Wertschöpfung aus landwirtschaftlichen Flächen erzielen, die sonst kaum zu bewirtschaften wären. Umgekehrt: Wenn wir die Kyoto-Ziele zur CO2-Reduktion nicht einhalten und Emissions-Zertifikate aus dem Ausland zukaufen müssen, verlieren wir heimische Arbeitsplätze.

Das "Unternehmen" WWF

Der WWF hat in Österreich rund 110.000 Unterstützer und 20.000 Vollmitglieder, die insgesamt 1,36 Millionen Euro Beiträge zahlen. An Spenden kamen 2004/05 2,02 Millionen Euro herein, Erbschaften 208.000 Euro, Firmen-Sponsoring 1,2 Millionen, öffentliche Mittel 501.000 Euro, Veranstaltungen und Sonstiges 363.000 Euro. Die Ausgaben gehen überwiegend in nationale (1,3 Mio.) und internationale Projekte (1,2 Mio. Euro), in Naturschutzkampagnen (467.000 Euro) Umweltbildung (317.000 Euro), Spenderinformation (856.000 Euro) und Fundraising (1,2 Millionen Euro). Die Verwaltungskosten liegen bei 561.000 Euro. Das EGT lag bei minus 906.000 Euro.

OÖNachrichten vom 14.01.2006